

Forum Energiewende

Windkraft ist Teil der Lösung

«Weniger und regionaler» – auch bei der Windenergie spielt dieses Motto eine wichtige Rolle. Sie ergänzt sich zudem mit anderen erneuerbaren Energien wie Sonne, Wasser, Holz und Biogas.

Von Peter Sandri*

Windräder kann man schön finden oder nicht. Das ändert nichts daran, dass wir zukünftig auf sie angewiesen sind. Wie viele Anlagen die Landschaft prägen werden, hängt jedoch stark von einer zentralen Frage ab: Wie können wir unseren hohen Lebensstandard zukünftig mit weniger Energie aufrechterhalten? Denn die für die Umwelt und das Portemonnaie beste Kilowattstunde ist immer noch die nicht gebrauchte. Bei Effizienz und Genügsamkeit sollten wir darum zuerst ansetzen.

Aktuelle Zahlen des Bundes zeigen, dass rund ein Drittel des Stromverbrauchs in der Schweiz ohne Komforteinbusse eingespart werden könnte. Dies entspricht der Produktionsmenge der vier noch verbliebenen Kernkraftwerke, die früher oder später vom Netz gehen. Wir sollten darum im grossen Stil in Effizienzmassnahmen investieren. Unsere alten Gebäude besser zu dämmen, hat erste Priorität. Damit sparen wir künftig Strom für Wärmepumpen ein. Reicht das? Nein, denn der Ausstieg aus fossiler Energie und die damit verbundene Elektrifizierung der Mobilität und der Gebäudeheizung wird unseren Strombedarf ohne Änderung des Lebensstils um circa 30 Prozent steigen lassen. Das «weniger» muss daher in unseren künftigen Entscheidungen Eingang finden, wenn wir ein «immer mehr» verhindern wollen. Als Beispiel: Bei der Planung eines Hauses ist der Wohnraumbedarf zentral. Wenn ein Haus statt 200 nur 100 Quadratmeter Wohnfläche aufweist, kann der Strombedarf für die Wärmepumpe halbiert werden. Genügsamkeit wird zur neuen Tugend.

Und Kernkraft? Es bringt nichts, weiter Zeit, Energie und Geld in Kernenergie zu stecken und zu hoffen, dass uns in 20 oder 30 Jahren Kraftwerke der neuen Generation Erlösung bringen. Uran wächst nicht auf unseren Bäumen, sondern es kommt aus Ländern wie Russland, Kasachstan, Kanada und Australien. Mit dieser Auslandsabhängigkeit erhöht sich unsere Versorgungssicherheit nicht. Zudem ist die



Entsorgungsfrage seit 50 Jahren noch immer nicht gelöst. Die radioaktiven Abfälle von heute werden uns und künftige Generationen überleben. Was wir brauchen, ist eine gute Mischung aus regional produzierter Solar-, Wasser-, Holz-, Biogas- und auch Windenergie. Gerade Sonne, Wasser und Wind ergänzen sich im Jahresverlauf bestens. Windräder sind zudem CO₂-arm und können nach deren Nutzung umweltverträglich rückgebaut werden. Sie beeinträchtigen unser Landschaftsbild im Gegensatz zu Kernkraftwerken nur temporär. Was es noch zu lösen gilt, ist die erneuerbare Energie umfassend zu speichern. Die Erforschung von Speichersystemen sollten wir darum mit Hochdruck vorantreiben.

Will ich lieber Windräder oder ein Kernkraftwerk vor meiner Haustüre? Für mich und die IG Energie SH ist der Fall klar. Bereits 2017 haben wir uns für eine baldige

«Die Einsicht wird kommen, dass wir nebst Genügsamkeit und Effizienz auch Strom aus regionaler Windkraft brauchen.»

Realisierung des Windparks Chroobach in Hemishofen ausgesprochen. Zehn Jahre nach Projektstart steht er noch immer nicht. Der Blick über die Grenze zeigt aber, wie erfolgreich der Windpark Verenafohren nach fünf Betriebsjahren «performt». Die drei Windräder erzeugen mit 20 Gigawattstunden pro Jahr den Strom für 20 000 Menschen. Analysen haben zudem gezeigt, dass die Waldrodung keinen Biodiversitätsverlust mit sich gebracht hat. Werden die Anlagen demontiert, kann der Boden wieder forstwirtschaftlich genutzt werden. Die Einsicht wird kommen, dass wir nebst Genügsamkeit und Effizienz auch Strom aus regionaler Windkraft brauchen, speziell in den Wintermonaten, um einen optimalen Strommix zu erzielen.

* Peter Sandri ist Co-Präsident IG Energie SH, Architekt SIA und Energieberater

Pressestimmen

Erdbeben in der Türkei



Präsident Recep Tayyip Erdoğan regiert seit nunmehr 20 Jahren und nimmt für sich in Anspruch, das Land modernisiert zu haben. Überall entstanden neue Kliniken, Flughäfen, Autobahnen und dergleichen: Der Bauboom und die einhergehenden Arbeitsplätze waren ein Grund für Erdogans politischen Erfolge. Die Opposition wirft ihm und seiner Regierung nun vor, Putsch am Bau zu tolerieren und regierungsnahen Baufirmen mit lukrativen Aufträgen zu versorgen. Dass nun staatliche Spitäler und Flughäfen zusammenbrachen, stärkt den Verdacht, dass vielerorts tatsächlich getrickelt wurde. («Kleine Zeitung», Österreich)

Коммерсантъ

Die Katastrophe in der Türkei hat zu einer erneuten Annäherung zwischen Ankara und seinen Nato-Partnern geführt. Die Krise ermöglicht es, Widersprüche für eine Weile auszublenden und Skandale fürs Erste zu vergessen. Ankaras Verbündete sind entschlossen, zu demonstrieren, dass die transatlantischen Mechanismen in der Praxis funktionieren. Das Erdbeben hat in weniger als einem Tag die Atmosphäre in Ankaras Beziehungen zu Europa fundamental verändert. («Kommersant», Russland)

DAILY SABAH

Seit den ersten Stunden dieser Katastrophe, welche die Türkei und Syrien heimgesucht hat, sind Tausende Helfer aus unterschiedlichsten Ländern bei sehr eisigen Temperaturen auf der Suche nach Überlebenden. Die mehr als 400 griechischen Einsatzkräfte unter ihnen sind ein Zeichen der Brüderlichkeit des griechischen Volkes. Es ist ein wahrer Moment der Hoffnung inmitten des Grauens. («Daily Sabah», Türkei)

LESERBRIEF

Dem Geisterareal-Pflegezentrum neuen Geist einhauchen

Zum möglichen Totalabbruch des ehemaligen Pflegezentrums auf dem Geissberg.

In meinem Leserbrief vom 15. November 2017 wies ich bereits darauf hin, dass eine Einrichtung für junge und ältere Menschen im Rollstuhl, die geistig aktiv sind, im Kanton fehlt. Aufgrund von fehlenden, geeigneten Langzeitplätzen werden diese auf die Altersheime im Kanton verteilt. Ein Altersheim ersetzt aber kein Pflegeheim. Mit dem alten Pflegezentrum wären diese Voraussetzungen gegeben gewesen. Eine Renovation müsste daher unbedingt nochmals geprüft werden.

In der Vergangenheit war man froh, dass man das Pflegezentrum für die Bewohner des Altersheims Thayngen, des Männerheims Schönhalde, der Altersheime «Casa Viva» Neunkirch und Hallau während der Renovation ihrer Heime benutzen konnte. Auch für die Übergangspflege von Patienten des Spitals war man froh um das «alte Pflegezentrum».

Für die Bewohner des Altersheims Rabenfluh in Neuhausen könnte dies bald auch ein Thema sein. Denn dort steht, nach der Absage durch das Stimmvolk für den Neubau eines Altersheims auf der Burgunwiese, eher eine Sanierung des bestehenden Al-

tersheims anstelle eines Neubaus im Vordergrund.

Anstatt die Abrissbirne zu schwingen, sollte man vorausschauend an die Umwelt und an die fehlenden Ressourcen denken. Die Sichtmauerwerke der ehemaligen Stahlgiesserei im Mühlental, aber auch die Halle 22 im ehemaligen Alusuisse-Areal in Neuhausen, wurden unter Denkmalschutz gestellt. So hätte es das markante Sichtmauerwerk des Pflegezentrums allemal auch verdient.

Aus demografischer Sicht sollte die Stadt an eine gemischte Nutzung denken. Im bestehenden Pflegezentrum gab es bereits eine Tages- und Nachtambulanz sowie eine Station für Demenzpatienten mit direkter Anbindung zu einem riesigen Erlebnisgarten mit Biotop und Kleintiergehege. Neben der Betreuung von Geriatrie- sowie Rollstuhl-Patienten während der Übergangspflege von Spitälern in die Altersheime könnte zudem auch eine Palliativstation in Frage kommen. Ein Angebot für eine überregionale Nutzung dieser Zielgruppen könnte gar lukrativ sein. Ich bitte die Politikerinnen und Politiker der Stadt, insbesondere der Ressorts Soziales, Bau und Finanzen, die Situation nochmals zu prüfen. Eventuell kämen eine «Genossenschaft Pflegezentrum» oder die Vergabe an einen privaten Nutzer in Betracht.

Armin Schmidlin
Schaffhausen

Kommentar

12 Prozent Lohndifferenz: Nicht unerheblich

Der Lohn ist nicht alles. Er trifft einmal im Monat auf dem Konto ein. Sinn in der Arbeit sowie Kolleginnen und Kollegen begleiten einen hingegen Tag für Tag. Ganz egal ist das Geld, das man für geleistete Arbeit erhält, aber sicher nicht. Immer wieder wird diskutiert, wer wie viel verdient und wer allenfalls sogar mehr bekommt als andere. So ist es beim gleichen Lohn für Mann und Frau für gleichwertige Arbeit – er ist erwünscht. So ist es zurzeit in der Stadt Schaffhausen – soll ihr Personal insgesamt 4,5 Prozent mehr Lohn erhalten, während der Steuerfuss um 1 Prozentpunkt sinkt? Abgestimmt wird am Sonntag. Ebenfalls von sich reden gemacht hat eine Studie Anfang Woche. Sie fand: Die gleiche Person verdient beim Bund für ihre Arbeit 12 Prozent mehr als in der Privatwirtschaft. Und auch die Kantone und Gemeinden zahlen eine sogenannte Lohnprämie, die im Grunde nichts anderes als ein unerklärter Lohnunterschied zwischen staatlichen und privaten Arbeitgebern ist. Verfasst hat diese Studie eine Forschungsgruppe an der Universität Luzern. Sie hat dabei eine wirtschaftsliberale Haltung erkennen lassen. In der Publikation finden sich Sätze wie «Systematisch höhere Löhne können den Wettbewerb verzerren» oder «Wenn der grösste Arbeitgeber systematisch mit hohen Löhnen werben kann, verzerrt dies einen fairen Wettbewerb». Deutlich wird die Sorge um ein Kernanliegen des Wirtschaftsliberalis-

mus, um den Markt, der möglichst frei von direktem staatlichen Einfluss funktionieren sollte. Die politische Gesinnung mag den Fokus der Autoren darauf gelenkt haben, dass der Staat im Arbeitsmarkt eine Rolle spielt. Doch das allein ändert nichts an den Untersuchungsergebnissen.



Reto Zanettin
Inlandredaktor

reto.zanettin@shn.ch

«Aufhorchen sollten schliesslich die Bundesparlamentarier.»

Sie sind wohl nicht weniger valide und methodisch fundiert als das Gros von Studienresultaten, die täglich in Fachzeitschriften oder auf Internetseiten von Denkfabriken erscheinen. Man sollte sie ernst nehmen, solange sie nicht widerlegt sind. Die relativ hohen Gehälter seien den öffentlich Bediensteten gegönnt, doch sie haben Implikationen. Zwar beschäftigt der Staat Spezialisten, für die es in der Privatwirtschaft keinen Bedarf gibt – Grenzwächter und Diplomaten beispielsweise. Doch Kommunikationsspezialisten, Logistiker, Mechatroniker und Informatiker sind im privaten wie im öffentlichen Sektor gefragt. Im Entscheid für oder gegen einen Arbeitgeber kann der Lohn-

unterschied – mehrere Tausend Franken im Jahr – den Ausschlag geben. Plausibel ist somit: Der Staat gewinnt Fachleute, die dann der Wirtschaft fehlen. Damit konterkariert er ein Stück weit seine Wirtschafts- und Bildungspolitik, die den Fach- und Arbeitskräftemangel bekämpfen soll. Wie die Studie weiter ergab, ist die «Lohnprämie» in der Bundesverwaltung mit 11,6 Prozent deutlich höher als in den Kantons- und Gemeindeverwaltungen. Hier beträgt sie 4,3 respektive 3,4 Prozent. Rein finanziell betrachtet ist die Bundesverwaltung also eine besonders attraktive Arbeitgeberin, gerade auch für Gutqualifizierte und Akademiker. Das begünstigt eine hohe Qualität in der staatlichen Aufgabenerfüllung. Es leistet aber auch dem Vollzugsföderalismus Vorschub. Dieser bedeutet: Geplant und reguliert wird beim Bund, ausgeführt und umgesetzt in den Kantonen. Aufhorchen sollten schliesslich die Bundesparlamentarier. Sie haben sich in jüngster Zeit derart ausgabenfreudig gezeigt, dass es dem zurückgetretenen Finanzminister Ueli Maurer wind und weh wurde. Das Parlament habe überbordnet, sagte er. Und dieses Parlament wird oft vom Bundesrat informiert, ob und wie viele neue Stellen geschaffen werden müssten, falls es ein Geschäft beschliesst. Diese Information sollte es stärker als bisher berücksichtigen. Denn es weiss nun um die – jetzt erwiesenermassen – überaus guten Löhne in der Bundesverwaltung.